

DONNERSTAGSKOLUMNE

Lieber Peter, man könnte Dir fast ein wenig neidisch sein, weil Du mit Deiner Bereitschaft, im Streit um den 2. S-Bahntunnel zu moderieren, auf Anhieb eine Menge bewegt hast, was vorher gar nicht möglich schien. Das ist mein voller Ernst. Obwohl die bayerische Staatsregierung meinen Vorschlag, Dich um die Moderation des dringend notwendigen Klärungsprozesses zu bitten, postwendend abgelehnt hat.

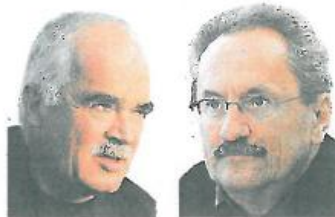
Das schon. Aber sie musste daraufhin ja unverzüglich beweisen, dass sie alles, was Du zunächst getan hättest, jetzt auf einmal auch selber kann. Jetzt schon. So kam – wiederum postwendend – ein sensationeller, ja spektakulärer Kabinettsbeschluss zustande: Bayerns Regierung will mit dem eigenen Verkehrsminister im Bundeskabinett reden, ob der Bund seine Finanzierungspflichten nicht vielleicht doch erfüllen möchte oder wenigstens einen größeren Beitrag leisten könnte – statt nur 200 von 900 Millionen Euro. Das Publikum reibt sich erstaunt die Augen: Was für ein genialer Einfall! Mit dem Verkehrsminister reden! Obwohl er der eigenen Partei-

spitze angehört! Und das schon nach 15 Jahren Planungsgeschichte!

Diese Idee ist so unkonventionell, so überraschend, so verblüffend, dass sie sicher nicht geboren worden wäre, wenn nicht die Gefahr bestanden hätte, Du könntest sie eines nahen Tages als Moderator in die Welt setzen! Genauso erfreulich der nächste Beschluss: Man will mit der Bahn reden, die für ihren Gewinnbringer S-Bahn-Verkehr bislang reichlich wenig übrig hatte, wie gerade der frühere Bahn-Vorstand Otto Wiesheu treffend bemerkte.

Und so geht es weiter: Wenn Kommunen zugezogen werden sollen, will man alle ins Visier nehmen, auch das Umland, aus dem die Mehrzahl der Fahrgäste stammt, nicht nur eine einzige Kommune, der man besonders gern vors Schienbein treten möchte, aus „übergeordneten Gründen“, Du weißt schon. Und damit nicht genug: Selbst private Finanzquellen sollen jetzt endlich näher untersucht werden, ob sie einen Beitrag zur Lösung liefern könnten. Der ganze Wunschzettel wird plötzlich abgear-

Briefwechsel



zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

S-Bahn: Postsäcke voller „göttlicher Eingebungen“

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Christian Ude.

beitet – ja ist denn jetzt schon Weihnachten?

Man könnte glauben, der Dienstmann Alois Hingel, der legendäre Münchner im Himmel, hätte plötzlich ganze Postsäcke voller „göttlicher Eingebungen“ übermittelt. Dabei klopfte nur der schwarze Peter an die Tür ...

In Wahrheit geht es hier um die zentrale Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland

nicht nur die Welt retten kann, sondern auch den regionalen Nahverkehr in ihren Ballungsräumen. Der ÖPNV ist hoffnungslos unterfinanziert, an dieser Fehlentwicklung haben viele Bundespolitiker jeglicher Couleur mitgewirkt, aber die Fehlanzeige aus Berlin darf nicht das letzte Wort bleiben. Das ist der Kern, alle Versuche, davon abzulenken, sind nur Firlefanz.

Dein Beispiel mit dem Rettungsschirm tut weh, aber nur deshalb, weil es trifft. Überrascht bin ich, wie gleichgültig manchen Kommentatoren (nicht Steuerzahlern!) finanzielle Zuständigkeiten sind. Motto: Die Frage, wer zuständig ist, überfordert mich intellektuell, also verlange ich einfach, dass keiner knickrig sein darf, sondern jeder Politiker so lange hunderte Millionen einwerfen muss, bis der Spendentopf voll ist. Hinweise auf das Gesetz gelten solchen Kommentatoren als „Gezänk“ oder „Hahnenkampf“.

Die Rathäuser sollen halt die Kinderbetreuung, die Schulsanierung und den Wohnungsbau zurückstellen und stattdessen großzügig die Finanzlöcher des Bundes stopfen! Gegenfragen seien gestattet: Warum wird dann eigentlich monatlang um jede Finanzverantwortung, jeden Steueranteil und jeden Zuschuss gerungen, wenn man am Ende einfach in die Kasse der anderen greifen darf, um eigene Finanzlöcher zu schließen? Wieso soll sich der Bund um eine gesetzliche Aufgabe drücken können mit dem Hinweis auf seinen eige-

nen Haushalt, den er doch selber aufgestellt hat und jederzeit ändern kann? Sieht etwa der Haushalt der Stadt München 350 Millionen Euro vor für selbstverschuldet in Not geratene Bundesregierungen?

Und warum hat Bayerns Bevölkerung dem Staat durch eine Ergänzung der bayerischen Verfassung ausdrücklich verboten, finanzielle Lasten auf die Kommunen abzuwälzen, wenn der Staat es dann mit der Methode „Ich lasse alles zusammenkrachen, wenn die Kommune nicht freiwillig zahlt“ doch erzwingen kann? Du hast die Gründerzeit des MVV beschworen, mit vollem Recht. Nahverkehr, Verkehrsverbund – das sind Gemeinschaftsleistungen. Die Stadt wird in den nächsten Jahren 1500 Millionen allein in die U-Bahn investieren, 770 davon in die Erneuerung der Tunnel und Bahnhöfe. Sie wird das Netz ausbauen und den Fuhrpark erneuern. Wird ohne Wehklagen und Trickserei ihre Pflicht für den Nahverkehr tun. Und erwartet vom Bund, dass er es auch tut. Keine Sorge: Wir machen weiter!
Dein Christian